

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of a map of Europe.

Den Arbeitsmarkt reformieren

Präsident Macron macht Druck bei seinem Kernprojekt

BENJAMIN SCHREIBER

Juli 2017

- Der neue Präsident Macron will im Eiltempo eine Reform des französischen Arbeitsmarkts durchführen. Geplant ist ein umfassender Umbau des Tarifvertragssystems: In möglichst vielen arbeitsrechtlichen Bereichen soll die sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Tarifpolitik mehr Raum als die bislang starke gesetzgeberische Regulierung haben. Vor allem die betriebsbezogene Verhandlungsebene soll gestärkt werden. Darüber hinaus sieht das Gesetzkpaket eine Lockerung des Kündigungsschutzes sowie eine Reform der Mitbestimmung in den Unternehmen vor.
- Mit ihrer Entscheidung, den Gesetzentwurf bis Ende September im Rahmen einer Verordnung durchzusetzen, hat die Exekutive eine schnelle, aber nicht unumstrittene Option gewählt. So will der Präsident die für ihn besonders günstige politische Zeit nutzen, um die Weichen für sein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm zügig zu stellen und ein Vertrauenssignal an Europa zu senden. Gleichzeitig wird der politische Schwerpunkt auf die Sozialpartner verschoben, die eingeladen wurden, im Rahmen von bilateralen Runden den Reformentwurf mit der Regierung zu diskutieren.
- Da das Protestpotential gegen das Regierungsprojekt weiterhin groß ist, kommt der Position der Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Sie sind sehr kritisch, versuchen aber, das Reformpaket Punkt für Punkt in ihrem Sinn zu beeinflussen. Hierbei soll es unter anderem darum gehen, wie das Verhältnis zwischen Haus- und Flächentarifverträgen geregelt wird. Auch die Regelungen zu Entlassungsbedingungen und Stärkung der Gewerkschaftspolitik werden entscheidend sein. Scheitern die Diskussionen, ist eine massive Mobilisierung nicht ausgeschlossen. Angesichts der politischen Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen sind aber mehrere Szenarien möglich.

In Frankreich deutet sich ein arbeitsreicher Sommer an. Präsident Macron plant innerhalb von drei Monaten ein Gesetz zum Umbau des französischen Arbeitsmarkts zu verabschieden, mit dem er zusammen mit weiteren Maßnahmen das Land schnell wieder auf die Beine stellen will. Die Reform ist Teil seines umfassenden Sozial- und Wirtschaftsprogramms, das als französische Variante des skandinavischen Flexicurity-Modells gedacht ist: Das Ziel ist, gleichzeitig mehr Anpassungsfähigkeit für die Wirtschaft und mehr soziale Mobilität für die Arbeitnehmer zu schaffen. Ohne Risiko ist das nicht: Die Gewerkschaften, die während des Sommers den Inhalt des Gesetzentwurfs mitdiskutieren sollen, sowie Jugendverbände und kapitalismuskritische Organisationen könnten gegen das Projekt mobil machen.

Was sind die Knackpunkte der Reform?

Das Reformvorhaben der Regierung sieht eine Flexibilisierung des französischen Arbeitsrechts vor, die in drei Blöcke aufgeteilt ist:

Reform der Tariflandschaft: Das Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Tarifpolitik bei der Gestaltung von Arbeitsnormen soll von Grund auf neu gestaltet werden. Das gesetzlich geregelte, als zu starr und kompliziert kritisierte Arbeitsrecht, das bislang nicht nur Mindestrechte für alle Arbeitnehmer garantiert, sondern auch weitreichende Bestimmungen für zahlreiche Bereiche der Arbeitsbeziehungen festlegt, soll vereinfacht werden. Gleichzeitig sollen Tarifverhandlungen zwischen Sozialpartnern in klar definierten Arbeitsbereichen deutlich mehr Gewicht bekommen - vor allem auf Betriebsebene, die die Regierung als die neue zentrale Säule sieht.

Vereinfachung der betrieblichen Interessenvertretung: Bislang gibt es in Frankreich eine Vielzahl von Instanzen, die die Interessen der Arbeitnehmer in den Betrieben wahrnehmen («Gewerkschaftsdelegierte» handeln z. B. Tarifverträge aus, während weitere Gremien eine Informations- und Konsultationsfunktion ausüben). Dieses System unterliegt institutionalisierten, nach Unternehmensgröße unterschiedlich komplexen Regeln, die besonders bei den Arbeitgebern in der Kritik stehen. Dies soll sich mit der Reform ändern: Mindestens drei der vier bestehenden Arbeitnehmervertretungsstrukturen sollen zusammengeführt werden.

Rechtliche Absicherung des Kündigungsverfahrens: Die Macht der Arbeitsgerichte, die unter anderem über die Höhe der Abfindungen bei einer rechtswidrigen Kündigung entscheiden, soll eingeschränkt werden. Geplant ist eine gesetzliche Deckelung der Abfindungen und Entschädigungen (mit Ausnahme von Fällen von Diskriminierung und Mobbing), die die Kosten für die Unternehmer besser abschätzbar machen.

Weitere Reformpunkte im Einzelnen: Verkürzung der Anfechtungsfrist einer Entlassung vor Gericht, Flexibilisierung der Regeln zur Arbeitnehmermobilität, Flexibilisierung der Entlassungsbedingungen für in Frankreich ansässige Niederlassungen internationaler Konzerne und sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Flexibilisierung der Bestimmungen zu Arbeitsverträgen.

Warum drückt Präsident Macron aufs Tempo?

Schneller ist einfacher: Nachdem die für Emmanuel Macron zentrale Arbeitsmarktreform unter Präsident Hollande zweimal stark verwässert worden war, will der neue Präsident diese nun im Eiltempo im Rahmen einer Verordnung durchsetzen. Dazu wird er noch im Juli die Ermächtigung des Parlaments bekommen und voraussichtlich im September den endgültigen Gesetzentwurf vorlegen, den die Assemblée nationale dann nur noch annehmen oder ablehnen kann. Die Zustimmung gilt als sicher, das Verfahren – welches auch von den Vorgängerregierungen häufig genutzt wurde – wird als unangemessen für eine solch massive Reform der Arbeitswelt kritisiert. Die Position der Sozialpartner erscheint vorteilhafter als die der Parlamentarier: Die Regierung hat sie mit der Einrichtung von zahlreichen Gesprächsrunden in einen Konsultationsprozess eingebunden, der bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzentwurfs als Plattform für die Diskussion aller Punkte der Reform dienen soll. Dies sind aber keine Verhandlungen: Unabhängig davon, ob die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände das Reformvorhaben mittragen, wird am Ende des Verfahrens ein Gesetz stehen. Und sie können weder die Agenda noch die Auswahl der Themen bestimmen, noch in den ersten Wochen Einblicke in die Arbeitsversion des Gesetzentwurfs werfen.

Das politische Timing ist richtig: Wer die Grundregeln von Politik und Demokratie kennt, weiß, dass die schwierigsten Maßnahmen zu Beginn der Amtszeit ergriffen werden

sollten, wenn die Legitimität der Exekutive am Größten ist. Da die Arbeitsmarktreform die politisch wohl gefährlichste Baustelle der ersten Amtsjahre Macrons darstellt, muss sie möglichst schnell über die Bühne gehen. Ein Gegenbeispiel lieferte sein Vorgänger François Hollande, der kurz nach Amtsantritt enttäuschend ins Sommerloch rutschte und im letzten Amtsjahr – auf dem Höhepunkt seiner Unpopularität – mit seinem Arbeitsmarktgesetz den Zorn der Franzosen auf sich zog.

Frankreichs Europapolitik steht auf dem Spiel: In seinem Wahlkampf hatte Emmanuel Macron versprochen, in Europa für mehr sozialen Zusammenhalt, gemeinsame Investitionen und Ausgleichsmechanismen zu sorgen. Dies kann aus seiner Sicht aber nur gelingen, wenn Frankreich zuerst ein klares Signal an die EU und seinen wichtigsten Partner Deutschland sendet, dass es von der europäischen Kommission geforderte Reformen zielstrebig durchführt. Die schnelle Umsetzung der Arbeitsmarktreform gilt als erster Schritt auf dem Weg zur Stärkung der französischen Verhandlungsfähigkeit in Europa.

Keine Zeit zu verlieren: Bis Arbeitsmarktreformen greifen, braucht es seine Zeit. Kurzfristig könnten sie sich sogar negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken – ein weiterer Grund für das Eiltempo des Präsidenten, der noch rechtzeitig die Früchte der positiven Effekte der Reform ernten möchte. Zudem setzt er darauf, dass der Vertrauensvorsprung und die derzeit relativ gute Wirtschaftskonjunktur dem Land helfen werden, durch diese möglicherweise schwierige Anlaufphase zu kommen.

Was steht der Reform noch im Weg?

Das Protestpotential ist weiterhin vorhanden: Es ist davon auszugehen, dass es zu Sozialprotesten kommen wird, so oder so. Die Arbeitsmarktpolitik ist – gerade in Frankreich – per se ein denkbar heikles Thema. Viele Reformen wurden in den letzten Jahrzehnten durchgeführt, blieben aber weit hinter dem zurück, was die Regierung jetzt vorhat. Auch wenn Emmanuel Macron es bislang geschafft hat, Optimismus und Aufbruchsstimmung zu versprühen, hat der Präsidentschaftswahlkampf gleichwohl gezeigt, dass das Land zutiefst gespalten bleibt. Über 40 Prozent der Wähler haben in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl für die Kandidaten des links-populistischen *France Insoumise* und des rechtsradikalen *Front National* gestimmt. Es gibt immer noch ein ge-

waltiges Protestpotential, das antiliberalen Parteien und Verbände mobilisieren können, wenn die Zeit dafür reif ist. Vor allem die französische Jugend, bei der die beiden populistischen Parteien das beste Wahlergebnis einfuhren, kann wie bei früheren Massendemonstrationen den Zünder auslösen und sogar etablierte Gewerkschaftsorganisationen in ihrer Radikalität überholen.

Skepsis über Sinn und Zweck der Reform: Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist alles andere als konsensfähig in Frankreich. Regelmäßig wird darauf hingewiesen, dass das Verhältnis zwischen Flexibilisierung des Arbeitsrechts und Beschäftigungsanstieg keinen klaren wissenschaftlichen Zusammenhang hat. Die Dezentralisierung der Tarifpolitik wird als Einfallstor für lohndrückenden Unterbietungswettbewerb, sinkenden tariflichen Deckungsgrad der Arbeitnehmer und unfaire Konkurrenzsituationen zwischen Unternehmen derselben Branche gesehen. Besorgniserregend ist vor allem die ohnehin schwache Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in den Unternehmen, die schwer in der Lage sein dürften, der Arbeitgeberseite Paroli zu bieten (der Organisationsgrad in der Privatwirtschaft liegt bei knapp neun Prozent, Tarifverträge werden derzeit überhaupt in nur zehn Prozent der Unternehmen mit über zehn Beschäftigten abgeschlossen).

Erste Protestaktionen machen sich (noch kaum) bemerkbar: Kleine gewerkschaftliche Sektionen und Verbände haben schon nach der Präsidentschafts- und Parlamentswahl demonstriert, waren aber damit noch nicht erfolgreich. Die kämpferische Gewerkschaftsorganisation CGT hat eine Mobilisierungsaktion für den 12. September angekündigt und dürfte in den kommenden Wochen ihren Kurs verschärfen. Insofern geht es nicht darum, ob es Demonstrationen geben wird, sondern darum, wie weit und wie schnell sich die Proteste ausbreiten können. Ausschlaggebend wird die endgültige Position der fünf großen Gewerkschaftszentralen sein, die grundsätzlich allesamt der Flexibilisierung des Arbeitsrechts kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Welche Trumpfkarten hat die Regierung in der Hand?

Das politische Momentum: Die Gewerkschaften stehen unter Druck. Der frisch gewählte Präsident ist entschlossen, seine Reform durchzuziehen und kann sich dafür

auf eine klare parlamentarische Mehrheit verlassen. Das Projekt war im Wahlkampf angekündigt und es gibt laut aktuellen Meinungsumfragen kein klares Bild über den Zuspruch der Bevölkerung. Die Sommerpause ist zudem besonders ungünstig für Demonstrationen. Vor diesem Hintergrund können sich die französischen Gewerkschaftsorganisationen nicht leisten, außen vor zu bleiben: Die Gesprächsrunden mit der Regierung bieten die einzige Möglichkeit, auf die Entwicklung der Reform Einfluss auszuüben. Die drittgrößte Gewerkschaft FO, die leidenschaftlich das Arbeitsgesetz der Valls-Regierung bekämpft hatte, gibt sich heute pragmatisch. Sollten die Diskussionen scheitern, könnten aber alle Gewerkschaften im September zur Mobilisierung aufrufen.

Die Regierung zeigt ihren guten Willen: Die Regierung bemüht sich, den Eindruck zu vermeiden, dass sie es mit dem sozialen Dialog nicht ernst nimmt. Ihr Zeitplan sieht eine Vielzahl von bilateralen Gesprächsrunden mit allen Sozialpartnern vor, wobei es noch unklar ist, wie umfangreich so viele Themenkomplexe mit so vielen Ansprechpartnern (fünf Gewerkschaften und drei Arbeitgeberverbänden) innerhalb einer solch kurzen Zeitspanne angesprochen werden können. Immerhin spricht die Regierung davon, »intensive Absprachen« zu führen und kritische Punkte und Vorschläge der Gewerkschaften in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Die Diskussionen werden über die Reform der Tariflandschaft vom 9. bis zum 23. Juni, die Vereinfachung der betrieblichen Interessenvertretung vom 26. Juni bis zum 7. Juli und die Absicherung des Kündigungsverfahrens vom 10. bis zum 21. Juli. geführt. Im August und September gibt es eine zweite Gesprächsphase auf der Grundlage des bearbeiteten Regierungsentwurfs.

Eine kluge Personalbesetzung: Zu den Unterhändlern der Regierung zählen zwei Persönlichkeiten, die positiv ins Gewicht fallen werden. Die Arbeitsministerin Murielle Pénicaud, 62, war unter anderem Generaldirektorin der Agentur Business France zur weltweiten Werbung für französische Unternehmen und Personalleiterin der Gruppe Danone. In den neunziger Jahren hat sie auch als Beraterin im Kabinett der sozialistischen Arbeitsministerin Martine Aubry gearbeitet, die dem aktuellen Chef der FO sehr nah steht. Ihre Ernennung als Ministerin wurde von den Gewerkschaften insgesamt positiv aufgenommen. Ihr steht ein ehemaliges FO-Vorstandsmitglied zur Seite: Stéphane Lardy, 51, der früher für die Gewerkschaft die Themen Beschäftigung und Weiterbildung betreute, ist

ihr stellvertretender Kabinettsleiter. Es liegt auf der Hand, dass diese Postenbesetzungen zur offeneren Haltung der FO beigetragen haben und auch in der Zukunft eine große Rolle spielen dürften.

Der Verhandlungsspielraum ist groß: Viele in der Reform enthaltenen Bestimmungen erfüllen alte Forderungen der Arbeitgeber und gelten als Kampfansage an die Gewerkschaften. Es erscheint zum Beispiel unvorstellbar, dass neue Flexi-Regelungen zu Arbeitsverträgen von ihnen mitgetragen werden. Auch wenn die Ziele der Reform klar formuliert sind, bietet aber jeder einzelne Punkt des Rahmenpapiers genügend Interpretationsraum, um Stellschrauben in die eine oder andere Richtung zu drehen. Gerade in einer Zeit, in der zivilgesellschaftliche Zwischengewalten in Frankreich oft am Pranger stehen, wäre es für einige Gewerkschaften eine Chance, ihr Image als zuverlässige Organisationen aufzupolieren.

An welchen Stellen wären Kompromisse möglich?

Stärkere Prägekraft der branchenbezogenen Regulierung: Die Stärkung von Betriebsvereinbarungen im Tarifvertragssystem ist das Kernstück der Reform und ein großes Streitthema mit den Gewerkschaften, welche die Dezentralisierung der Tarifpolitik grundsätzlich als eine Gefahr für die Einhaltung von tariflichen Mindeststandards und die lohn- und wirtschaftspolitische Stabilität des Tarifsystems sehen. Da die Bedeutung der gesetzlichen Regulierung auf jeden Fall verringert werden soll, wird es für die Arbeitnehmervertreterorganisationen darum gehen, die Rolle der Branche in möglichst vielen arbeitsrechtlichen Bereichen zu stärken. Das Ziel der Regierung ist, die Betriebsebene in den Mittelpunkt zu stellen. Entscheidend wird hierbei die Diskussion sein, bei welchen Themen betriebliche Öffnungsklauseln zur Abweichung von Branchen- und branchenübergreifenden Tarifverträgen ausgeschlossen werden könnten.

Hohe Maßstäbe bei der Deckelung von Abfindungen: Macron will unbedingt den Einfluss der Arbeitsgerichte einschränken, um mehr Planungssicherheit für die Arbeitgeber zu schaffen. Das Vorhaben, die maximale Höhe der Abfindungen und Entschädigungen bei rechtswidrigen Kündigungen und Entlassungen gesetzlich festzulegen, ist ein rotes Tuch für alle Gewerkschaften. Sollten aber Obergrenzen und Untergrenzen hoch genug angelegt

werden und das Urteilsvermögen des Richters in außergewöhnlichen Fällen uneingeschränkt bleiben, könnte vielleicht ein Teil der Gewerkschaften damit leben.

Mehr Mittel und Einfluss für die Gewerkschaften: Die Gewerkschaften sind sehr besorgt über die geplante Fusion von Arbeitnehmervertretungsstrukturen in den Unternehmen, weil das unmittelbar an ihren Finanzquellen und ihrer Macht in den Betrieben und Unternehmen rührt. Dies ist umso wichtiger, da die geplante Verbetrieblichung der Tarifpolitik eine Stärkung ihrer bislang schwachen Verhandlungsposition voraussetzt. Zum Ausgleich hat die Regierung entsprechende Angebote zur Unterstützung der Gewerkschaften auf den Tisch gelegt: Stärkung der Mitgliedergewinnung über arbeitgeberfinanzierte Arbeitnehmerbeiträge, Bildungs- und Förderprogramme für Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter oder stärkere Bekämpfung der Gewerkschaftsdiskriminierung. Auch der Ausbau der Mitbestimmung in den Leitungsorganen der Unternehmen soll diskutiert werden. Man darf gespannt sein, wie weit die Regierung in diesem Bereich gehen wird.

Das Gesamtbild ist wichtig: Das Reformpaket ist nur ein Teil des Programms des Präsidenten zur Einführung eines Flexicurity-Modells. In den kommenden Monaten folgen Gesetze zur Reform der Arbeitslosenversicherung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die die Flexibilisierungsaspekte der aktuellen Arbeitsmarktreform aufzufangen sollen: Ausweitung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld für Freiberufler, Landwirte und ausscheidende Arbeitnehmer sowie eine mit 15 Milliarden Euro angesetzte Bildungsoffensive für Arbeitslose und Jugendliche. Die Strategie der Regierung wird darin bestehen, den Blick nicht nur auf die wirtschaftsfreundlichen Aspekte der Arbeitsmarktreform, sondern auf das große, etwas ausbalanciertere Bild des Wirtschafts- und Sozialprogramms zu lenken. Da diese Reformen gleichzeitig den Gewerkschaften einen Teil ihrer Regelungskompetenz entziehen sollen, könnten daraus aber neue Konfliktfelder entstehen.

Welche Ausgangsposition bezieht jede einzelne Gewerkschaft?

CFDT: Der im privaten Sektor größte Gewerkschaftsverband steht der Dezentralisierung der Tarifpolitik offen gegenüber, besteht aber auf einer gleichzeitigen Stär-

kung der branchenbezogenen Regulierung und weitere Anreize für die Entwicklung von besseren sozialpartnerschaftlichen Praktiken in den kleinen Unternehmen. Auch wenn sie als dezidiert reformistische Organisation bereit ist, über viele Themen wie die Reform der betrieblichen Interessenvertretung zu diskutieren, will sie nicht allein die Last der Kompromissfindung aufgebürdet bekommen. Sie ist gegen die Zurückdrängung der Rechte der Arbeitsgerichte, betriebsinterne Referenden aus Arbeitgeberinitiative oder jegliche dezentral ausgehandelten Änderungen von arbeitsvertraglichen Bestimmungen.

CGT: Die protestorientierte Konkurrentin der CFDT bereitet schon Mobilisierungsaktionen vor. Sie hat ihre Teilnahme an den Diskussionsrunden mit der Regierung zugesagt, aber neulich den Ton gegen sie verschärft. Sie prangert sowohl das von Macron gewählte Verfahren (Rückgriff auf Verordnungen, Zeitknappheit für Diskussionen) als auch den Inhalt der Reform (die Arbeitsgesetzgebung werde mit Füßen getreten) an. Sie lehnt die Verlagerung der Tarifpolitik auf die betriebliche Ebene rundweg ab und zieht sich auf ihre Kernforderungen zurück (Wohlstandsverteilung, gute Arbeit, Geschlechtergleichstellung).

FO: Entgegen ihrer Strategie vom letzten Jahr gibt sich die drittgrößte Gewerkschaft skeptisch, aber gesprächswillig. Sie hat sich auch gegen die Stärkung der betrieblichen Tarifpolitik ausgesprochen, will aber nichts unversucht lassen, den Verhandlungsspielraum zur Stärkung der Branchenverhandlungsebene (wo sie eine große Rolle spielt) und der Arbeitnehmerrechte voll auszuschöpfen. Dies hat auch für sie den Vorteil, sich im Vergleich zum Konfrontationskurs der CGT ein eigenes Profil zu verschaffen. Wie bei den anderen Organisationen werden Kompromisse zu Fragen der Arbeitsgerichte, Flexibilisierung des Arbeitsvertrags oder betriebsinternen Referenden extrem schwer zu finden sein. Sie ist auch gegen die Entwicklung von Mitbestimmungsregelungen nach deutschem Vorbild.

CFE-CGC: Die traditionell reformorientierte Gewerkschaft für leitende Angestellte und Fachkräfte hat sich in den zwei letzten Jahren auf einen etwas konfrontativeren Kurs zubewegt und kritisiert die wirtschaftsliberale Grundausrichtung der Reform. Obwohl sie einer Vereinfachung der Tarifgesetzgebung nicht abgeneigt ist, warnt sie vor einer Kompetenzverlagerung zur Festlegung der Lohngruppenstruktur auf die betriebliche Ebene. Ein

weiterer großer Streitpunkt für sie wäre die Reform der Personalvertretung in den Betrieben.

CFTC: Die kleine christliche Gewerkschaft bleibt ihrer reformistischen Linie treu. Sie ist für die Stärkung der Tarifautonomie und wird sich bemühen, der Regierung Zugeständnisse beim Verhältnis von branchen- und betriebsbezogener Regulierung – zum Beispiel beim Thema *corporate social responsibility* – abzurufen. Sie steht auch der Fusion der Interessenvertretungsinstanzen im Betrieb skeptisch gegenüber und legt viel Wert auf die Einhaltung von Status und Funktionen der Gewerkschaftsdelegierten.

Ausblick

Das Ziel der Arbeitsmarktreform ist klar: Es soll durch mehr Flexibilität und eine Delegation der Regelungskompetenz an die Tarif- und Betriebsparteien der Weg zu einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik bereitet werden. Obwohl das Projekt einen deutlich größeren Deregulierungsschub im gesetzlich geregelten Arbeitsrecht als das Arbeitsgesetz von François Hollande anstrebt, scheinen die Gewerkschaften im Moment durch die Strategie von Emmanuel Macron gefangen zu sein. Dieser Trend könnte sich allerdings nach der Sommerpause umkehren, wenn das Ergebnis der Diskussionen feststeht und sich (außer)parlamentarische Kräfte Protestbewegungen von Gewerkschaften und Jugendverbänden anschließen. Querschüsse könnten auch vom Verfassungsrat kommen, der sich mit einigen Bestimmungen des Gesetzes, wie zum Beispiel der Reform der Kündigungsverfahren, eingehender befassen wird: Die schon im Wachstumsgesetz des damaligen Wirtschaftsministers Macron enthaltene Regelung zur Deckelung der Abfindungen und Entschädigungen wurde 2015 von ihm gekippt.

Die Mobilisierungskraft der Reformgegner wird teilweise davon abhängen, wie weit die Regierung den Gewerkschaften entgegenkommt. Auch wenn die Grundausrichtung der Reform unverändert bleiben wird, könnten viele strittige Punkte (zum Beispiel bei betriebsinternen Referenden auf Arbeitgeberinitiative oder Reform des unbefristeten Arbeitsvertrags) entschärft oder in einigen Fällen sogar weggelassen werden. Auch technische Details, denen eine große politische Signalwirkung zugesprochen wird oder innovative Angebote für Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmung könnten einiges in Bewegung setzen.

Die Gewerkschaften könnten gemeinsame rote Linien ziehen, aber dies wäre angesichts der Gespaltenheit zwischen reformistischen und protestorientierten Organisationen nicht ausreichend, um eine geschlossene Front zu bilden.

Ein mögliches Szenario ist, dass die reformorientierten Gewerkschaften die Reform dulden und somit der Mobilisierungskraft der anderen Organisationen und Verbänden den Wind aus den Segeln nehmen. Da die CFDT diesen politisch gewagten Schritt nicht allein gehen will, wird der traditionell regierungskritischen, aber in der aktuellen Konstellation zentralen Position der FO eine entscheidende Bedeutung zukommen. Eine andere Variante ist, dass das politische Risiko zu hoch ist und alle Gewerkschaften organisieren gemeinsame Demonstrationen. Ob sie massiv ausfallen, kommt in dem Fall wesentlich auf die Gefühlslage des Landes im September an. Obwohl die Zustimmungswerte von Präsident Macron in der Bevölkerung derzeit hoch sind, bietet seine Entscheidung, per Verordnungen das Gesetz zu erlassen, eine günstige Angriffsfläche. Die Franzosen finden großes Gefallen an der souverän-monarchischen Haltung ihrer Präsidenten, wollen aber nicht von einem allmächtigen König regiert werden. Für Präsident Macron wird es umso wichtiger sein, dass er als institutionalisierte Inkarnation des Gemeinwohls die Gewerkschaften an Bord hält. Aber: Sein Reformwerk zu stark aufzuweichen wäre für ihn ein noch größerer anzunehmender Schaden, sei es innenpolitisch oder aus Sicht der internationalen Investoren. Nur eine der beiden Verhandlungsparteien kann gewinnen, aber niemand darf das Gesicht komplett verlieren. An dieser Kunst des Ausbalancierens wird in der Zukunft die Belastbarkeit von Macrons Reformkurs zu messen sein.



Über den Autor

Benjamin Schreiber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel. ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249

<http://www.fes.de/international/wil>
<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen.

Langjährige Veranstaltungsreihen sind

- die Deutsch-Französischen Strategiegelgespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen,
- Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Cercle des Economistes»)
- das Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum

Weitere Publikationen zur Thematik:

Macron, Emmanuel

«En Marche»: Manifest der politischen Bewegung des französischen Wirtschaftsministers Macron: Dokumentation. – Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Mai 2016. – 3 Seiten, 2016
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12563.pdf>

Schreiber, Benjamin

Kommt die CGT unter neuer Führung aus der Krise?: Gewerkschaftsanalyse Frankreich / Benjamin Schreiber. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Internationaler Dialog, 2015. – 4 S. = 210 KB, PDF-File. – (Perspektive/Friedrich-Ebert-Stiftung). – (Globale Gewerkschaftspolitik) Electronic ed.: Berlin: FES, 2015. ISBN 978-3-95861-117-7
<http://library.fes.de/pdf-files/id/11264.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

